



Ausarbeitung

Rechtsextremismus in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer



Rechtsradikalismus in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer

Verfasser/in: [REDACTED]
Aktenzeichen: WD 1 - 3000 – 159/14
Abschluss der Arbeit: 7. November 2014
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik
Telefon: [REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

1.	Definition des Begriffs Rechtsradikalismus	4
2.	Parteien und andere Organisationsformen	6
2.1.	Parteien und andere Organisationsformen	9
2.1.1.	Die NPD	11
2.1.2.	Die Partei „Die Rechte“	14
2.1.3.	Neonazis	14
2.1.4.	„Pro“-Gruppierungen	15
3.	Themen und Aktionsfelder	16
3.1.	„Unpolitische“ Veranstaltungen und Veranstaltungen zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen	16
3.2.	Antiislamismus	17
3.3.	Fußball und andere Sportarten	17
3.4.	Asylpolitik	18
3.5.	Jugendgruppen, Musik	19
3.6.	Rechtsradikalismus im Internet	19
4.	Gewaltbereitschaft	20
5.	Reaktionen der Zivilgesellschaft	23
6.	Literatur	25

1. Definition des Begriffs Rechtsradikalismus

In den Medien wie auch in der Literatur werden neben dem Begriff „Rechtsradikalismus“ auch die Begriffe „Rechtsextremismus“ und „Neonazismus“ gebraucht, wobei der Gebrauch dieser Begriffe nicht einheitlich ist. Im Folgenden sollen die unterschiedlichen Definitionen erläutert werden.

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen Rechtsextremismus und Neonazismus. Im Rechtsextremismus zeigen sich in den Organisationsformen, Aktionsformen und Zielsetzungen durchaus Unterschiede; einheitlich sind jedoch gewisse Ideologieelemente. Die neonazistischen Gruppierungen unterscheiden sich hingegen bei einzelnen Ideologieelementen mitunter deutlicher voneinander.

„Das rechtsextremistische Spektrum in Deutschland reicht von Parteien, die z.B. als Ersatz für verbotene neonazistische Kameradschaften auftreten, bis hin zu Bürgerinitiativen, die sich z.B. gegen Asylbewerber richten. Vereint wird die Szene durch ein starkes ideologisches Band: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus sowie eine generelle Demokratiekritik sind nur einige Aspekte der rechtsextremistischen Weltanschauung. Wenn Herkunft oder Rasse über den Wert eines Menschen entscheiden sollen, oder wenn in der „Volksgemeinschaft“ kein Raum für „Fremde“ sein soll, dann werden zentrale Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung missachtet.“¹

„Grundlage und feste Bezugsgröße des neonazistischen Spektrums ist der historische Nationalsozialismus mit den prägenden Ideologieelementen Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Nationalismus und Antipluralismus. Neonazis streben einen ethnisch homogenen, diktatorischen Staat an. Rechte des Einzelnen, Meinungsvielfalt und Pluralismus haben in der von ihnen angestrebten „Volksgemeinschaft“, die Menschen fremder Kulturen ausschließt und in der sich das Individuum dem vorgegebenen Gesamtwillen unterzuordnen hat, keinen Bestand. Historische Tatsachen werden in revisionistischer Weise bis hin zur Holocaustleugnung umgedeutet. Ethnische Vielfalt und pluralistische Gesellschaft bedrohen aus Sicht der Neonazis die Existenz des eigenen Volkes. Der demokratische Rechtsstaat wird als „Besatzerregime“ abgelehnt. Trotz einer übereinstimmenden Grundeinstellung sind die einzelnen Ideologieelemente innerhalb der neonazistischen Personenzusammenschlüsse unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere bei jüngeren Neonazis prägen antiamerikanische, antikapitalistische und antiimperialistische Einstellungen das Weltbild.“²

Die Unterscheidung zwischen Rechtsextremismus und Neonazismus, wie sie die Verfassungsschutzbehörden vertreten, wird in der wissenschaftlichen Literatur im Wesentlichen von Pfahl-Traughber geteilt. Auch Pfahl-Traughber sieht wesentliche Ideologieelemente des Rechtsextremismus in der „Ideologie der Ungleichheit“ und der „Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit

1 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 62.

2 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 83. Zu ihrer Anhängerschaft heißt es dort: „Das neonazistische Personenpotenzial ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken und liegt nunmehr bei rund 5.800 Personen. Zuspruch finden die aktionsorientierten neonazistischen Gruppierungen insbesondere bei Jugendlichen und bei erlebnisorientierten Rechtsextremisten, die in der Vergangenheit eher über das subkulturelle Spektrum, vor allem durch die einschlägige Musik, in die Szene geraten sind.“

im Politikverständnis“, d.h. die eigene „Nation“ und „Rasse“ werden zum obersten Kriterium erhoben. Das bedeutet eine „Abwertung bzw. Zurückstellung demokratischer Prinzipien wie etwa der Menschen- und Bürgerrechte“ hinter die vorgeblichen Interessen der „Nation“.³ Auch er sieht als weiteres wesentliches Element der rechtsextremen Ideologie die „Volksgemeinschaft“. Ihr Ziel ist ein starker Staat, der die Gesellschaft dominiert. „Daraus folgt umgekehrt, daß die Einwirkungsmöglichkeiten der Gesellschaft auf den Staat reduziert werden sollen. Hierdurch erklärt sich das (...) Ressentiment der Rechtsextremisten gegenüber dem Parlamentarismus, der, aus der heterogenen Gesellschaft kommend und sie vertretend, den Staat in Form der Regierung in Abhängigkeit von der Mehrheit der Abgeordneten hält.“⁴ Ebenso wie der Verfassungsschutz stellt Pfahl-Traughber fest, dass die genannten Ideologieelemente im Wesentlichen bei rechtsextremen Gruppierungen wie auch bei den Nazis vertreten werden, aber auch innerhalb der Gruppierungen unterschiedlich interpretiert werden.⁵

In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird jedoch in der Regel eine weitere Differenzierung zwischen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus vorgenommen. Stöss stellt in seinem Beitrag im „Handbuch Parteienforschung“⁶ die Unterschiede zwischen den beiden Begrifflichkeiten dar: „Aus sozialwissenschaftlicher Sicht handelt es sich beim Rechtsextremismus um völkischen Nationalismus im Denken und Handeln. Diese Definition umfasst also sowohl individuelle bzw. kollektive Verhaltensweisen als auch politische Einstellungen. Der sozialwissenschaftliche Rechtsextremismusbegriff ist mithin breiter und weicher als der amtliche. (...) Allerdings sollte von Rechtsextremismus in den Sozialwissenschaften nur dann die Rede sein, wenn das völkische und das nationalistische Denken jeweils stark ausgeprägt sind und sich als zwei Seiten ein und derselben Medaille zu einem integrierten und geschlossenen Weltbild verdichtet haben, das sich diametral gegen die Grundprinzipien der Demokratie richtet.“ Im Folgenden wird eine wichtige Unterscheidung betont: „Mit Blick auf die entsprechenden Parteien sollte zwischen einem gemäßigten und einem orthodoxen Rechtsextremismus unterschieden werden. Ersterer will seine Forderungen innerhalb der bestehenden politischen Ordnung durchsetzen und grenzt sich klar vom historischen Faschismus ab, letzterer bekennt sich offen zu seiner Systemfeindschaft, toleriert oder unterstützt sogar gewalttätiges Verhalten und bezieht sich mehr oder weniger stark auf historische Vorbilder. Wenn der völkische Nationalismus insgesamt nur schwach ausgeprägt und seine ideologische Konsistenz eher als weich zu bezeichnen ist, wenn sich nationalistisches nicht mit völkischem oder völkisches nicht mit nationalistischem Denken verbindet, dann sollte der Begriff Rechtsradikalismus verwendet werden.“⁷ Stöss räumt ein, dass die Grenzen zwischen den Begriffen „in der Realität fließend sind.“⁸ Deshalb werde von einigen Autoren darauf hingewiesen, dass es über die ideologischen Unterschiede hinweg eine gemeinsame thematische

3 Pfahl-Traughber, 2006, S. 15.

4 Pfahl-Traughber, 2006, S. 16.

5 Pfahl-Traughber, 2006, S. 17.

6 Stöss, Richard (2013), Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 563-618.

7 Stöss, 2013, S. 577f. .

8 Stöss, 2013, S. 579.

Grundausrichtung gebe. „Zu diesen Themen zählen vor allem die Ausländer- und Asylpolitik, die europäische Integration und der Euro und nicht zuletzt die innere Sicherheit.“⁹ „Graduelle Abweichungen“ gebe es bei der Antiislamkampagne, „oft unterscheiden sie sich jedoch deutlich hinsichtlich ihrer Radikalität.“ Ein „gravierender Unterschied“ zwischen Rechtsextremisten und Rechtsradikalen bestehe darin, dass Rechtsextremisten „harte Ideologen“ seien, Rechtsradikale hingegen „ideologisch vergleichsweise flexibel.“¹⁰

2. Parteien und andere Organisationsformen

Exkurs: Die Entwicklung rechtsextremer Parteien bei Bundes- und Landtagswahlen von 1949 bis zur Gegenwart

Stöss¹¹ teilt die Entwicklung in vier Phasen ein: die erste Phase von 1945 bis 1961, die zweite von 1962 bis 1982, die dritte von 1983 bis 1990 und die vierte von dem Zeitpunkt der Wiedervereinigung an. Die ersten drei Phasen beschreibt er ausschließlich für das Gebiet der „alten“ Bundesrepublik, „da in der DDR keine extrem rechten Parteien zugelassen waren.“¹² Auch Pfahl-Traugherber nimmt eine Phaseneinteilung vor, die der vorgenannten weitgehend entspricht; nur verzichtet er auf eine Unterteilung in eine dritte und vierte Phase, sondern belässt es bei einer dritten Phase seit den 1980er Jahren.¹³

1945-1961: Während im ersten Deutschen Bundestag „die rechtsextreme ‚deutsche Rechtspartei‘ in Niedersachsen fünf und die WAV in Bayern (...) 12 Mandate“ und die „Notgemeinschaft“ aus Baden-Württemberg ein Direktmandat erringen konnten¹⁴, konnten in den 1950er Jahren Parteien wie die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) keine Bundestagsmandate mehr erringen. Allein auf

9 Stöss, 2013, S. 579. Deshalb betonen Wissenschaftler wie Borstel, 2012, S. 248, dass eben diese „Komplexität der Dinge“ geradezu zwingt, „den Blick nicht allein auf den Rechtsextremismus, sondern auch auf die demokratische Bürgergesellschaft als Gegenpart sowie auf die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* als Ermöglichungskultur rechtsextremer Umtriebe zu richten.“ (Hervorhebung im Original, H.E.)

10 Stöss, 2013, S. 579.

11 Stöss, 2013, S. 581ff. .

12 Stöss, 2013, S. 581. Pfahl-Traugherber, 2006, S. 58f., weist darauf hin, dass es in der DDR seit Ende der 1950er Jahre durchaus ein gewisses neonazistisches Potential gegeben habe ; so seien diverse Aktionen von neonazistischen Jugendgruppen „durch Archivreise nachweisbar“. Weiter verbreitet seien jedoch „Diffamierung und Gewalttaten gegen die ausländischen Vertragsarbeitskräfte, aber auch gegen Juden“ gewesen. Daher hätten ab 1990 Rechtsextremisten und Neonazis aus Westdeutschland „auf bereits bestehende Einstellungen in der Bevölkerung einwirken und an vorhandene informelle Kleingruppen anknüpfen“ können (S. 59).

13 Pfahl-Traugherber, 2006, S. 21: „Die letztgenannte Phase ist im Unterschied zu den erstgenannten Phasen allerdings durch eine Kontinuität von Auf- und Abschwung gekennzeichnet, sondern durch eine wellenartige Entwicklung in der Welle selbst und durch das Vorhandensein nicht nur einer Partei, sondern von drei bzw. vier rechtsextremistischen Parteien.“

14 Stöss, 2013, 582f. .

Landesebene, wie in Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz konnten sie noch Mandate erreichen.¹⁵

1962 bis 1982: Nach der Bundestagswahl 1961 setzten bei den rechtsextremen Parteien Vereinigungsbemühungen ein. Am 28. November 1964 wurde in Bremen die NPD gegründet¹⁶; bei der Bundestagswahl 1965 erreichte sie zwei Prozent der Zweitstimmen, bei der Bundestagswahl 1969 errang sie 4,3 Prozent und scheiterte damit nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Auch auf kommunaler und Landesebene war die NPD erfolgreich: „Sie zog zwischen 1966 und 1968 mit insgesamt 61 Abgeordneten in sieben Landesparlamente ein und erreichte mehrere hundert kommunale Mandate.“¹⁷ Die NPD war eine Sammlungspartei: „Die NPD fungierte anfangs gewissermaßen als Einheitspartei des rechten Randes und deckte ideologisch das gesamte Spektrum vom Rechtskonservatismus bis zum Rechtsextremismus ab, wobei sie mit Blick auf letzteren zwar mehrheitlich einen gemäßigten Kurs verfolgte, aber auch orthodoxen (neonazistischen) Kräften eine Plattform bot. Und sie reagiert geschickt auf die veränderten außen- und innenpolitischen Gegebenheiten.“¹⁸ Zur Zeit der ersten Großen Koalition verstand es die NPD, ihren Nutzen daraus zu ziehen: Sie präsentierte sich „als antibolschewistische Ordnungsmacht, als Verfechterin eines westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs für gesamtdeutsche Belange und einer Politik der Stärke und des Befreiungsmessianismus gegenüber den Völkern Osteuropas.“¹⁹ Ende der 1970er Jahre verzeichnet Stöss eine „tiefe Krise“ der NPD. 1971 wird die „Deutsche Volksunion“ (DVU) gegründet, und „die organisatorisch ausgezehrte Rest-NPD fristete trotz der von ihr angestoßenen Überfremdungskampagne bis Mitte der Achtzigerjahre ein desolates und weithin inaktives Dasein und war vor allem mit internen Problemen beschäftigt.“²⁰

1983-1990: Stöss sieht die NPD als Initiator der Überfremdungskampagne. Die Ausländer- und Asylproblematik wurde von ihr in den Mittelpunkt ihrer Propaganda gerückt; und „begünstigt

15 Stöss, 2013, S. 582f. .

16 Stöss, 2013, S. 579f. schreibt zu den Zielsetzungen der NPD in dieser Zeit: „Der Gründungszweck der NPD bestand beispielsweise darin, alle Kräfte rechts der Unionsparteien, vom Rechtskonservatismus bis zum Rechtsextremismus, zu vereinen. Dies ist zunächst auch im Großen und Ganzen gelungen. Die Parteien des rechten Randes bilden auch insofern einen Interaktionszusammenhang, als es häufig zu Übertritten, Abspaltungen, Neugründungen, Fusionen, Bündnissen und Wahlabsprachen kommt, wobei allerdings die rechtsradikalen und die rechtsextremen Parteien häufiger beteiligt sind als die rechtskonservativen. (...) Dass der rechte Rand als einheitlicher Akteur auftritt, stellt freilich eine Ausnahme dar. Von einem kollektiven Handlungssystem kann insofern die Rede sein, als an den wichtigen Kampagnen des rechten Randes (Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs, Revisionismuskampagne, Überfremdungskampagne, Antiglobalisierungskampagne, Antiislamkampagne..) alle Parteien bzw. Organisationen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlicher Zielsetzung, beteiligt sind. Kooperationen zwischen dem rechten Rand und den etablierten (bürgerlichen) Parteien fanden gelegentlich in der unmittelbaren Nachkriegszeit und dann wieder in den Siebzigerjahren statt, bilden aufs Ganze gesehen aber eine Ausnahme. Allerdings stießen die mit den Kampagnen verbundenen Diskurse bis weit in die ‚Mitte der Gesellschaft‘ auf Resonanz.“

17 Stöss, 2013, S. 584.

18 Stöss, 2013, S. 584.

19 Stöss, 2013, S. 585.

20 Stöss, 2013, S. 586.

durch die sich verschärfenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme, insbesondere durch die wachsende Arbeitslosigkeit, nahm auch die Anfälligkeit der Bevölkerung für fremdenfeindliche, sozialdarwinistische und rassistische Einstellungen zu.“ Sie beteiligte sich an Wahlbündnissen bzw. gründete sie, und mit der Europawahl 1984 begann wiederum eine Trendwende, mit der die NPD in den 1980er Jahren in einige Kommunalparlamente einziehen konnte, und die DVU²¹, mit der die NPD eine Wahlunterstützung vereinbart hatte, sogar ein Mandat in der Bremischen Bürgerschaft errang.²² 1983 wurde die Partei „Die Republikaner“ (REP) gegründet; nach inneren Streitigkeiten entschied der Mitbegründer Franz Schönhuber den Machtkampf für sich. Ende der 1980er Jahre stiegen ihre Mitgliederzahlen und es wurden bundesweit Landesverbände gegründet. Den größten Wahlerfolg erzielte die REP bei der Europa-Wahl 1989, bei der sie 7,1 % der Stimmen erhielt. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 erhielten NPD und REP zusammen nur noch 2,4 Prozent der Zweitstimmen.²³ Ein Wandel war in den 1980er Jahren bei der Anhängerschaft rechtsextremer Parteien eingetreten: „Stützten sich die rechtsextremen Parteien in den Fünfziger und Sechziger Jahren noch weithin auf die Mittelschichten, so hatte sich der Rechtsextremismus der Achtzigerjahre eher zu einem Unterschichtenphänomen gewandelt“, das sich in den Folgejahren verstärken sollte.²⁴

Seit 1990: Weder bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl noch bei den Landtagswahlen 1990 und 1994 waren NPD und REP erfolgreich; denn mit ihren „nationalistischen, revisionistischen und fremdenfeindlichen Westparolen“ waren sie bei der Bevölkerung in den neuen Ländern chancenlos und auch von der sozioökonomischen Unzufriedenheit konnten sie nicht profitieren.²⁵ Die DVU nahm sogar erst ab 1998 an Wahlen in den neuen Bundesländern teil; damals erhielt sie bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 12,9 % und bekam den Fraktionsstatus, was zuvor noch keiner rechtsextremen Partei in den neuen Bundesländern gelungen war.²⁶ Wegen innerparteilicher Streitigkeiten nahm die DVU nicht an der Landtagswahl 2002 in Sachsen-Anhalt teil. Vor den Landtagswahlen in Brandenburg (2004) traf sie mit der NPD eine Vereinbarung, nach der es keine Parallelkandidaturen und stattdessen Wahlunterstützung für die jeweils kandidierende Partei geben sollte. Beiden Parteien nutzte diese Vereinbarung. Als 2009 die Vereinbarung nicht mehr bestand, und neben DVU, NPD auch noch die Republikaner zu den Wahlen

21 Stöss, 2013, S. 594, übernimmt von Lars Normann, Vorstandswechsel, Fusion und Ende der ‚Phantompartei‘ DVU, in: Uwe Backes u.a. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 23., Baden-Baden, S. 165-184, die Bezeichnung „Phantompartei“, weil sie aus der Zentrale des Konzerns von DVU-Gründer Gerhard Frey gesteuert wurde, und die Mitglieder statt Mitgliedsbeiträgen die Publikationen von Frey abonnieren sollten; er finanzierte die Partei durch Kredite, und statt öffentlicher Veranstaltungen konzentrierte sich die DVU auf Werbung, beispielsweise über Flugblätter und Plakate. Selbst ihren Wahlerfolg 1998 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt erreichte sie ohne öffentliche Veranstaltungen, dafür aber mit einem finanziell sehr aufwendigen Einsatz von Propagandamaterial. (s.: Stöss, 2013, 594).

22 Stöss, 2013, S. 587.

23 Stöss, 2013, S. 589.

24 Stöss, 2013, S. 590.

25 Stöss, 2013, S. 590f. .

26 Stöss, 2013, S. 594f. .

antraten, scheiterten alle an der Sperrklausel.²⁷ In allen Landtagswahlen, die seitdem stattgefunden haben, konnte nur die NPD, und auch nur in den neuen Bundesländern, nennenswerte Ergebnisse erzielen.²⁸ Laut Verfassungsschutzbericht 2013 hat sich die DVU Mitte 2012 aufgelöst.²⁹

Während die Republikaner in Bremen, Baden-Württemberg und Bayern in den 1990er Jahren noch einige Wahlerfolge erzielen konnten und den Wandel „von einer orthodoxen zu einer gemäßigten rechtsextremen Partei“³⁰ vollzogen, blieben sie in den neuen Bundesländern erfolglos. Seitdem sie 2001 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg an der 5%-Hürde scheiterte, sind die Republikaner in keinem Landesparlament mehr vertreten.³¹

2.1. Parteien und andere Organisationsformen

Im Folgenden werden nicht nur Parteien aufgeführt, sondern auch andere Zusammenschlüsse; es wird jedoch vor allem wegen der Vielfalt der Organisationsformen und der starken Fluktuation zwischen den Gruppierungen kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Das Bundesministerium des Innern registriert im Verfassungsschutzbericht 2013, dass es seit einigen Jahren eine Entwicklung „weg von festgefühten Organisationen hin zu informellen Formen der Zusammenarbeit und Koordinierung“ gibt, wobei das Internet für die Koordination gemeinsamer Aktionen genutzt wird.³²

Die Angaben zu den Mitgliederzahlen stammen, sofern nicht anders angegeben, aus dem Verfassungsschutzbericht 2013 und sind teilweise gerundet bzw. geschätzt, da „den Verfassungsschutzbehörden nicht zu allen Mitgliedern dieser Personenzusammenschlüsse individuelle Erkenntnisse vorliegen.“³³

27 Stöss, 2013, S. 596; s.a.: Pfahl-Traughber, 2010, S. 115..

28 Mecklenburg 2014: 5,8% und 5 Sitze im Landtag; Sachsen 2014: 4,9%; Sachsen-Anhalt 2011: 4,6%, Thüringen 2014: 3,6% und Brandenburg 2014: 2,2% (Angaben der Statistischen Landesämter, <http://www.bundeswahlleiter.de/de/landtagswahlen/ergebnisse/downloads>). Zu den Wahlergebnissen der NPD bei Bundestagswahlen heißt es im Verfassungsschutzbericht, 2013, S. 93: „Erneut wies der Wählerzuspruch für die NPD in West- und Ostdeutschland mit 1,0% (absolut: 343.901) respektive 2,8% (absolut: 216.927) der Zweitstimmen wie bereits 2009 (1,1% bzw. 3,1%) deutliche Unterschiede auf. Die besten Landesergebnisse erzielte die NPD in Sachsen (3,3%), Thüringen (3,2%), Mecklenburg-Vorpommern (2,7%) und Brandenburg (2,6%). Die Erststimmenresultate in den genannten Bundesländern lagen im Übrigen zwischen 0,5 und einem Prozentpunkt höher als die Zweitstimmenanteile.“

29 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 70.

30 Stöss, 2013, S. 592.

31 Stöss, 2013, S. 592f.

32 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 63f.

33 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 25.

Im Verfassungsschutzbericht 2013 wird zu den Mitgliederzahlen im Einzelnen ausgeführt: „Das rechtsextremistische Personenpotenzial betrug Ende 2013 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 21.700 Personen und war damit – wie bereits in den Vorjahren – leicht rückläufig (2012: 22.150). Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist mit 9.600 gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Das bedeutet: Annähernd jeder zweite Rechtsextremist ist gewaltbereit. Mehr als ein Viertel aller Rechtsextremisten sind Neonazis, wenngleich das Personenpotenzial der neonazistischen Szene mit rund 5.800 Personen erstmals seit einigen Jahren leicht gesunken ist (2012: 6.000). Die Zahl der subkulturell geprägten Rechtsextremisten ist 2013 um 100 Personen auf nunmehr 7.400 zurückgegangen. Gleichwohl macht die subkulturelle rechtsextremistische Szene mit gut 30 Prozent auch weiterhin den größten Anteil am Gesamtpotenzial aus. Der NPD-Führung ist es auch 2013 nicht gelungen, die seit Jahren anhaltenden Mitgliederverluste zu stoppen. Der Negativtrend setzte sich mit nunmehr 5.500 Personen weiter fort (2012: 6.000). Die erst 2012 gegründete Partei „DIE RECHTE“ konnte weitere Landesverbände aufbauen und ihren Mitgliederbestand mit 500 Personen gegenüber dem Vorjahr (150) deutlich steigern. Die „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) verfügt nach wie vor über rund 1.000 Mitglieder (2012: 1.000). Den sonstigen rechtsextremistischen Organisationen gehörten wie in den Vorjahren rund 2.500 Personen an.“³⁴

In der Zeit von Januar 1990 bis Dezember 2013 hat das Bundesministerium des Innern Verbotmaßnahmen gegen folgende rechtsextreme Organisationen ausgesprochen: „Nationalistische Front“ (26.11.1992); „Deutsche Alternative“, DA (8.12.1992); „Nationale Offensive“, NO (21.12.1992); „Wiking-Jugend e.V.“, WJ (10.11.1994); „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“, FAP (22.02.1995); „Blood & Honour“, B&H, mit „White Youth“ (12.09.2000); „Collegium Humanum“, CH mit „Bauernhilfe e.V.“ (12.09.2000); „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ VRBHV (18.04.2008); „Heimattreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.“ HDJ (9.3.2009) und die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ HNG (30.08.2011).³⁵ In Sachsen wurde im Februar 2013 die neonazistische Vereinigung „Nationale Sozialisten Döbeln“ verboten, „da sie sich in aktiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete und wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus war. Das Verbot erstreckt sich auch auf vier Internetseiten,

34 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 68f. Zu der Partei „Die Rechte“ heißt es im Verfassungsschutzbericht 2013, S. 107: „Die Partei „DIE RECHTE“ hat 2013 weitere Strukturen aufgebaut und ihre Position im rechtsextremistischen Parteienspektrum gefestigt. Die mittlerweile rund 500 Mitglieder sind mehrheitlich dem neonazistischen Spektrum zuzurechnen. Neonazis dominieren sowohl den Bundesvorstand, dem auch Mitglieder verbotener Vereinigungen angehören, als auch mehrheitlich die Landesverbände. Die Partei verfügte Ende 2013 über die Landesverbände Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie über 16 Kreisverbände, einen Bezirksverband, sechs Ortsverbände und die Landesgruppe Bremen. Neben Nordrhein-Westfalen verfügen lediglich die Landesverbände in Hessen und Niedersachsen über Parteistrukturen auf Kreisebene.“ Die „größten Mobilisierungserfolge“ habe die Partei bislang immer wieder in Dortmund erzielt, wo an Demonstrationen rund 500 Menschen teilnahmen. (Verfassungsschutzbericht 2013, S. 108ff.). Busch, 2014, S. 150, sieht die Entwicklung der Partei „Die Rechte“ abhängig von einem erneuten, erfolgreichen Verbotsverfahren gegen die NPD; dann könnte sie „als Auffangorganisation“ der NPD fungieren.

35 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 30ff. In Klammern ist das Datum des Verbots genannt.

die dem Verein zugerechnet werden sowie auf die rechtsextremistische Musikgruppe „Inkubation“. Die „Nationalen Sozialisten Döbeln“ besaßen überwiegend regionale Bedeutung.“³⁶

2.1.1. Die NPD

Wahlerfolge konnte die NPD erst in den 2000er Jahren in den neuen Bundesländern erzielen; bei den Landtagswahlen 2004 in Sachsen erhielt sie 9,2% der Stimmen und somit 12 Sitze im Landtag. Stöss wertet diesen Wahlerfolg als das Ergebnis einer Verschiebung ihrer Aktivitäten von West nach Ost. Besonders in Sachsen habe sich die NPD stark engagiert, auch auf kommunalpolitischer Ebene und sei auch „in rechtsgerichteten Jugendszenen verankert und mit gewaltbereiten Kameradschaften gut vernetzt.“³⁷ Die NPD gründete 2003 die „Kommunalpolitische Vereinigung der NPD“, um ihre Arbeit auf kommunaler und regionaler Ebene zu koordinieren. Gegenwärtig hat die NPD rund 330 Mandate in kommunalen Vertretungen, davon mehr als drei Viertel in den neuen Bundesländern.³⁸ Stöss hält den neuen Bundesvorsitzenden Udo Voigt, der 1996 gewählt wurde, dafür verantwortlich; er habe, anders als sein Vorgänger, die soziale Frage betont und die Antiglobalisierung als Thema eingeführt, und verstärkt auf die Zusammenarbeit mit „neonazistischen Gruppierungen und mit Kräften aus den rechtsextremen Subkulturen“ sowie die Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremen Parteien gesetzt.³⁹ Mit ihm als Vorsitzendem habe sich die Partei „von einer eher deutschnational ausgerichteten zu einer überwiegend neonazistischen Partei“ gewandelt.⁴⁰ Nur in der Zeit, als das Bundesverfassungsgericht den gemeinsamen Antrag von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD prüfte (2001-2003), habe sich die NPD in ihren Verlautbarungen um Zurückhaltung bemüht; aber bereits 2004 erweiterte die NPD ihr „Drei-Säulen-Konzept“ („Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Parlamente“) um ein weiteres Element, den „Kampf um den organisierten Willen“, mit dem sie die Beziehungen mit den Neonazis festigen wollte.⁴¹ Im Verfassungsschutzbericht 2013 heißt es dazu: „Die NPD sieht sich insgesamt als parlamentarischer Arm des „nationalen Widerstands“. Sie erhebt den Anspruch, dessen unterschiedliche Kräfte im „Kampf um den organisierten Willen“ zu bündeln. Die Mobilisierungsfähigkeit der Partei ist ins-

36 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 89.

37 Stöss, 2013, S. 597; ebenso: Pfahl-Traughber, 2006, S. 115.

38 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 104.

39 Stöss, 2013, S. 597. Pfahl-Traughber, 2006, S. 36, sieht in den Demonstrationen der NPD 1997 gegen die Wehrmachtausstellung sowie weiterer Veranstaltungen im selben Zeitraum „eindrucksvolle Mobilisierungserfolge.“ Es müsse festgestellt werden, „daß sich die zumindest in den westlichen Bundesländern stärker vorhandene Abgrenzung des rechtsextremistischen Parteienspektrums zu den Nazis und Skinheads zumindest bei der NPD aufgelöst hat.“

40 Stöss, 2013, S. 597.

41 Stöss, 2013, S. 598; ebenso: Brandstetter, ZParl 2013, S. 150; Schulze, 2009.

besondere von der Kooperation mit den Neonazis abhängig, ein Verhältnis, das nicht spannungsfrei ist.“⁴² Allerdings vermied es die NPD bislang, offen neonazistische Aussagen in ihren (schriftlichen) Wahlkampfaussagen zu machen.⁴³

Mit dem Wechsel des Vorsitzes zu Udo Voigt habe sich die NPD sowohl hinsichtlich der Verteilung ihrer Mitglieder als auch hinsichtlich ihrer Wähler zu einer „Ostpartei“ gewandelt.⁴⁴ Gleichwohl konstatiert Stöss: „Insgesamt scheint Konsens darüber zu bestehen, dass sich die NPD trotz sporadischer Verankerung vor Ort in personeller, organisatorischer und finanzieller Hinsicht auf dem absteigenden Ast befindet und programmatisch keine wirkliche Alternative zu den dominierenden Parteien darstellt.“⁴⁵ Funke warnt jedoch: „Auch wenn es zu Brüchen und Niederlagen der NPD-Organisation kommt, wäre es fatal, daraus auf eine Schwächung der rechtsextremen Subkultur insgesamt zu schließen.“⁴⁶ Zudem sollte festgehalten werden, dass die NPD weiterhin im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertreten ist, und auch den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag bei der letzten Wahl (2014) mit 4,9% nur knapp verfehlte.⁴⁷ In Mecklenburg-Vorpommern haben sich die Neonazi-Kameradschaften innerhalb der NPD eine starke Position erkämpft; Brandstetter stellt fest: „Nur in wenigen NPD-Landesverbänden ist die Verschmelzung zwischen klassischem Partei- und radikalem Neonazimilieu soweit fortgeschritten wie in Mecklenburg-Vorpommern. So überrascht es kaum, dass die Mannschaft um den Landesvorsitzenden Stefan Köster zu den radikalsten NPD-Verbänden gehört.“⁴⁸ Auch verfügt die NPD in Mecklenburg-Vorpommern über einen festen Stamm von Aktivisten; Brandstetter vermutet, dass der Landesvorsitzende Köster „das Konzept einer Kaderorganisation“ verfolgt; denn „ihr Sympathisantenumfeld ist ungleich größer, was nicht zuletzt ihre Wahlergebnisse zeigen.“⁴⁹ Anders als in Mecklenburg-Vorpommern setzt der Landesverband der NPD in Sachsen nicht nur auf gezielte

42 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 101.

43 S. Stöss, 2013, S. 598f. .

44 Stöss, 2013, S. 600.

45 Stöss, 2013, S. 601. Auch Brandstetter, ZParl, 2013, kommt in seiner Analyse der NPD in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2011 zu dem Schluss, dass die NPD insgesamt „schwer angezählt“ sei (S. 157); sie sei „tief gespalten“ zwischen „gemäßigeren“ und „radikaleren“ Parteianhängern (S. 147). Verfassungsschutzbericht 2013, S. 64 u. S. 93: „Die NPD befindet sich seit Jahren in einer schwierigen finanziellen Situation. Missmanagement, aber auch die juristischen Folgen eines fehlerhaften Rechenschaftsberichtes für das Jahr 2007 sind wesentliche Ursachen für die wirtschaftliche Notlage der Partei. Diese schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Partei deutlich ein. So stand der Partei für den Bundestagswahlkampf 2013 nur ein äußerst knappes Budget zur Verfügung.“

46 Funke, 2010, S. 72f.

47 Mecklenburg 2014: 5,8% und 5 Sitze im Landtag; Sachsen 2014: 4,9% (Angaben der Statistischen Landesämter , <http://www.bundeswahlleiter.de/de/landtagswahlen/ergebnisse/downloads>). S.a.: Brandstetter, ZParl 2013, S. 149.

48 Brandstetter, ZParl 2013, S. 150. Ebenso: Borstel, 2012, S. 255 und Funke, 2010, S. 74.. S. auch den Artikel „NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Faustgroße Steine durchschlagen die Fenster“ der Süddeutschen Zeitung v. 3.11.2014, <http://www.sueddeutsche.de/politik/npd-in-mecklenburg-vorpommern-erfolgreiche-rechtsextreme-kuemmerer-1.2179124>.

49 Brandstetter, ZParl 2013, S. 154.

Propagandaaktionen, sondern verwendet eher „rechtspopulistische Kommunikationsstrategien“.⁵⁰

Die neue Führung der NPD mit dem im Januar 2014 gewählten Bundesvorsitzenden Udo Pastörs arbeitet eng mit neonazistischen Gruppierungen zusammen.⁵¹ Laut Verfassungsschutzbericht 2013 besteht kein Zweifel „an der ideologisch-strategischen Ausrichtung der Partei – der fundamentalen Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“⁵² Auch wenn die NPD zeitweilig auf nationalsozialistische Aussagen verzichtet, bleibt doch „die Vorstellung einer ethnisch homogenen ‚Volksgemeinschaft‘“ eines der wesentlichen Elemente ihrer Ideologie. „Diese geht von einem einheitlichen Willen der ethnisch Deutschen aus und grenzt das ethnisch Fremde konsequent aus.“⁵³ Unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit werden Migranten insgesamt als unvereinbar mit dem Propagandabild der „Volksgemeinschaft“ gesehen und zum Verlassen des Landes aufgefordert.⁵⁴ Insgesamt wird jegliches Fremd-Sein als unvereinbar mit dem Dogma der Volksgemeinschaft angesehen und öffentlich – nicht nur verbal - angegriffen und diffamiert.⁵⁵ So führte die NPD in Berlin und in Sachsen Demonstrationen gegen Asylbewerberheime durch, und in Mecklenburg-Vorpommern gab der Landesverband einen „Leitfaden zum Umgang mit Asylanten in der Nachbarschaft“ heraus, in dem Asylbewerber diffamiert werden.⁵⁶ Die Parteiorganisation „Junge Nationaldemokraten“ der NPD versteht ihre Aufgabe darin, den „Kampf auf der Straße“ zu führen; hierzu gehören auch aggressive ausländerfeindliche Kampagnen. In ihren Veröffentlichungen propagiert sie die bedrohte „Volksgemeinschaft.“ Bei dem bevorstehenden Kampf gehe es um mehr „*als nur den Sieg oder mehr Freiheit! Es geht um die Wurzel unserer Kultur, die Säuberung unserer verdreckten Gesellschaft, einhergehend mit dem der Erhaltung unserer arteigenen Sprößlinge.*“⁵⁷

Neben Ausländerfeindlichkeit ist der Antisemitismus ein fester Bestandteil der Parteipropaganda. „Die Bandbreite reicht von der Verwendung szenointerner Sprachcodes bis hin zu eindeutig antisemitischen Äußerungen und einer Delegitimierung und Dämonisierung Israels mit den

50 Borstel, 2012, S. 255.

51 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 64 u. S. 90.

52 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 94.

53 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 94.

54 Ein besonders aggressives Beispiel aus Berlin stellt der Verfassungsschutzbericht 2013, S. 95 dar: „Der Berliner NPD-Landesverband veröffentlichte z.B. im Bundestagswahlkampf 2013 im Internet ein „Rundschreiben an Migranten in Berlin die zur Bundestagswahl kandidieren“. Unter dem Motto „Heim wandern statt einwandern“ werden Politiker mit Migrationshintergrund in äußerst aggressiver Weise angegangen: „*Migrare heißt auch auswandern. Wir sehen darin eine patente Lösung. Denn in keinem Fall sollen Sie in irgendeiner Sie persönlich benachteiligenden Form transportiert werden. Wir bevorzugen Ihre Übersiedelung durch Auswanderung.*“ (Homepage NPD Berlin, 11. September 2013).“

55 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 96.

56 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 97.

57 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 107, zitiert die Facebook-Seite JN Nordrhein-Westfalen, 10. Mai 2013.

bekanntem verschwörungstheoretischen Konstrukt.⁵⁸ Auch aktuelle Vorgänge, wie die Aufnahme syrischer Flüchtlinge in Deutschland, benutzt die NPD, um offen gegen den Staat Israel zu hetzen, ja sogar seine Vernichtung zu propagieren.⁵⁹

Bei der NPD wie bei anderen als rechtsextremistisch eingestuften Organisationen registriert das Bundesamt für Verfassungsschutz sowohl antisemitische Hetze – besonders in entsprechenden Foren im Internet – als auch – und das weitaus häufiger – die Verwendung von „antisemitischen Sprachcodes“⁶⁰, bei denen Andeutungen benutzt werden, die zwar eindeutig sind, aber nicht strafrechtlich verfolgt werden können. „Die Erscheinungsformen des Antisemitismus unterliegen einem ständigen Wandel. Für die rechtsextremistische Szene stehen aktuell der politische, der antizionistische und der sekundäre Antisemitismus im Vordergrund.“⁶¹

2.1.2. Die Partei „Die Rechte“

Im Verfassungsschutzbericht 2013 heißt es zu der Rechten: „Diese Partei lehnt das parlamentarische System grundsätzlich ab. Unverhohlen wird die Teilnahme am demokratischen Willensbildungsprozess, die Teilnahme an Wahlen als Mittel zum Zweck bezeichnet: als Möglichkeit, neuerlichen Verboten entgegen zu können. Für sie stellt die Organisationsform einer politischen Partei lediglich eine Möglichkeit dar, Strukturen für ihren antidemokratischen Kampf erhalten und entwickeln zu können. Verbotsmaßnahmen, die gerade den Zweck haben, Strukturen zu zerschlagen, werden auf diese Weise in ihrer Wirkung zumindest eingeschränkt. Auch bei weiteren neonazistischen Organisationen ist ein Ausweichen in die Strukturform einer politischen Partei künftig nicht auszuschließen.“⁶² So dominieren laut Verfassungsschutzbericht 2013 Neonazis in Nordrhein-Westfalen den dortigen Landesverband der Partei „Die Rechte“⁶³, der zugleich zu den stärksten Landesverbänden der Partei zählt.

2.1.3. Neonazis

Eine bundesweite Organisation der Neonazis besteht zurzeit nicht. Wohl aber gibt es überregionale Zusammenschlüsse, wie die „Aktionsbüros Rhein-Neckar“ in den Regionen Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz und die bayerische Kameradschaft „FNS“ („Freies Netz Süd“),

58 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 98.

59 So das Beispiel des NPD-Landesverbandes Hamburg, aus dessen Veröffentlichung im Internet der Verfassungsschutzbericht 2013, S. 99 zitiert: „„Zu den Marionetten Zions sind neben Barack Obama nahezu alle Politiker in der BRD und der westlichen Welt zu zählen. (...) Israel ist ein Unruheherd in der muslimischen Welt und war schon an vielen Morden und Kriegen beteiligt. Graumann, Knobloch und Konsorten wissen schon genau, warum sie keiner mag. (...) George W. Bush und andere ‚Falken‘ sprechen immer von einem letzten Krieg, der zu mehr Frieden führen soll. Diesen Gedanken konsequent zu Ende gedacht, kann die Forderung nur lauten: ‚Bomben auf Israel.‘“ (Homepage NPD Hamburg, 16. Oktober 2013).“

60 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 126; hierzu gehören Begriffe wie „Wall Street“, „US-Ostküste“, „USrael“, „Hochfinanz“ oder „Hintergrundmächte“.

61 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 126.

62 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 63f.

63 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 84.

die versucht, über das Internet überregionalen Einfluss zu erlangen.⁶⁴ Hervorgehoben wird im Verfassungsschutzbericht 2013, dass die neonazistische Szene bei Demonstrationen und anderen öffentlichen Auftritten in den letzten Jahren eine „Mobilisierungsschwäche“ verzeichnet.⁶⁵ Das Bundesministerium des Innern sieht diesen Rückgang als Ergebnis der Ermittlungstätigkeiten der Verfolgungsbehörden.

In den letzten Jahren hat zudem ein Wandel der Aktionsformen stattgefunden. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird der Rechtsextremismus als „ein lernendes System“ bezeichnet.⁶⁶ Während zuvor die „Autonomen Nationalisten“ eine Organisation der Neonazis waren, werden sie zunehmend zu einer Aktionsform der neonazistischen Szene, zu der sich Personengruppen zusammenfinden, die die „Autonomen Nationalisten“ „quasi als Trendmarke“ verstehen.⁶⁷ Das nachfolgende Beispiel zeigt auch, wie verschiedene Organisationsformen benutzt werden, um Verbotsmaßnahmen zu entgehen, und welche Rolle das Internet spielt:

„Noch in den beiden Vorjahren hatte die Aktionsform „Die Unsterblichen“ zu einem Anstieg der Demonstrationenzahlen beigetragen. Gerade bei diesem Phänomen zeigte sich im Berichtszeitraum jedoch, dass staatliche Maßnahmen durchaus Wirkung erzielen: So führte zum einen das Verbot der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ dazu, dass die Aktivitäten unter dem Mantel der „Unsterblichen“ nahezu vollständig eingestellt wurden. Die Gruppierung hatte über ihre Internetplattform „Spreelichter“ die Aktivitäten der „Unsterblichen“ z.T. koordiniert und professionell präsentiert. Zum anderen wurde in mehreren Bundesländern gegen mutmaßliche Teilnehmer solch unangemeldeter Demonstrationen ermittelt. Am 1. Oktober 2013 verurteilte das Amtsgericht Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) drei Rechtsextremisten zu Geldstrafen. Sie hatten am 26. Mai 2012 in Wismar als „Unsterbliche“ verumumt an einem nicht genehmigten nächtlichen Fackelmarsch teilgenommen.“⁶⁸

2.1.4. „Pro“-Gruppierungen

1996 entstand die „Bürgerbewegung Pro Köln“. Stöss stellt fest: „Das Erfolgsrezept bestand darin, dass sich Pro Köln als überparteiliche Initiative darstellte, die die lokalen Interessen der Bürger gegen Bürokratie, Klüngel und Korruption vertritt, und mit ihrer rechtspopulistischen Argumentation weit verbreitete Vorurteile bedient.“ Häusler ist derselben Auffassung, stellt aber auch klar, dass führende Vertreter von „Pro Köln“ vormals Funktionäre der Jugendorganisation der NPD, der Republikaner und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ waren.⁶⁹ Bei den Kommunalwahlen 2004 war der Widerstand gegen geplante Moscheen im Kölner Stadtgebiet ein zentrales Wahlkampfthema. Damit erlangte „Pro Köln“ 4,7% der Stimmen und 4 Sitze im Stadtrat.

64 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 86.

65 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 86ff.

66 Borstel 2012, S. 248.

67 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 85.

68 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 88.

69 Häusler, 2009, S. 132.

2005 folgte die Gründung der Partei „Bürgerbewegung Pro Deutschland“⁷⁰ und die Antiislamkampagne wurde auf Bundesebene stärker. Von 2007 an begannen auch DVU und NPD, dieses Thema zu besetzen.⁷¹ In Thüringen und in Nordrhein-Westfalen soll die NPD sogar „eigens ‚Pro‘-Gruppierungen inszeniert“ haben.⁷² Die Pro-Gruppierungen unterhalten zwar auch internationale Kontakte, wie z.B. zum belgischen „Vlaams Belang“, ohne jedoch auch deren Wahlerfolge zu erreichen.⁷³ Inhaltlich verzeichnet Stöss eine „völkisch-nationalistische Ideologie“, die bei anderen Antiislam-Gruppierungen nicht vertreten sei, wie z.B. der „Freiheit“, die rechtskonservativ sei mit ebenfalls rechtspopulistischen Forderungen.⁷⁴

3. Themen und Aktionsfelder

3.1. „Unpolitische“ Veranstaltungen und Veranstaltungen zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen

In Mecklenburg-Vorpommern führt die NPD in den letzten Jahren häufig neben Einrichtungen wie Bürgerbüros (z.B. in Lübtheen) auch immer wieder „unpolitische“ Veranstaltungen durch, wie „Handarbeitstreffen“, „Spieleabende“ oder auch „Kinderfeste“, die sie als „Türöffner“ benutzt.⁷⁵ Brandstetter hält die derzeit gemäßigte Linie der Bundes-NPD lediglich für eine „neue Marketingstrategie“, über deren Fortbestand noch nicht entschieden ist; denn der mächtige Landesverband Mecklenburg-Vorpommern „ist stramm neonationalsozialistisch ausgerichtet“, „der Schulterchluss zwischen klassischen Parteikadern und radikalen Neonazis fester denn je“.⁷⁶

Im Verfassungsschutzbericht 2013 wird vermerkt, dass es bundesweit zu der Strategie rechtsextremer Gruppierungen gehört, „ihre Ideologie in vordergründig unverdächtige Zusammenhänge zu stellen. Sie engagieren sich zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen und offenbaren dabei nicht immer oder erst nach einiger Zeit ihren politischen Hintergrund. Dies gilt in Fragen der Ökologie und im Tierschutz, in Kampagnen gegen Kindesmissbrauch sowie als praktische Solidarität bei Hilfsmaßnahmen für Opfer der Flutkatastrophe in einigen Regionen Deutschlands.“⁷⁷ Borstel zeigt auf, wie es rechtsextremen Gruppen mit dieser Strategie gelungen ist, Ostvorpommern zu einer großen „Modellregion des Rechtsextremismus“ zu machen. Zwar seien die meisten Menschen in Ostvorpommern sicherlich keine Rechtsextremisten, doch „fehlen Kraft, Mut und organisatorische Stärke, um aus der Region heraus einen wirklich demokratischen Widerstand zu

70 Stöss, 2013, S. 601.

71 Stöss, 2013, S. 602; Backes, 2013, S. 404ff. .

72 Häusler, 2009, S. 135.

73 Stöss, 2013, S. 603; Häusler, 2009, S. 135.

74 Stöss, 2013, S. 603.

75 Brandstetter, ZParl 2013, S. 154f.

76 Brandstetter, ZParl 2013, S. 157. Ebenso bewertet Funke, 2010, S. 74, die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern.

77 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 67f. und S. 102f. und S. 130ff. .

organisieren.“ Das Problem sei, dass sich die Demokratie „dort bisher nicht kulturell (habe) verankern können. Dieses Vakuum nutzt die rechtsextreme Seite, die sich als politisch-kulturelle Wertalternative zum bestehenden System inszeniert.“⁷⁸

3.2. Antiislamismus

Der Verfassungsschutzbericht 2013 stellt fest, dass sich die Islamfeindschaft zu einer modernen Form der Fremdenfeindlichkeit in der rechtsextremistischen Ideologie entwickelt hat. Dabei fällt auf, dass „Aktionen von Islamisten außerhalb Deutschlands, außerhalb Europas (...) demgegenüber völlig anders bewertet (werden). Hier sehen sich Rechtsextremisten z.T. von den Angriffen islamistischer Terroristen gegen die USA und gegen Israel in ihrem Weltbild bestätigt, in ihrem Antiamerikanismus ebenso wie in ihrem Antisemitismus.“⁷⁹

3.3. Fußball und andere Sportarten

Verfassungsschutzbericht 2013: „Die ideologische Prämisse des „Kampfes“, der in der Szene vorherrschende „Männlichkeitskult“ und eine oftmals martialische Selbstinszenierung sind die Basis rechtsextremistischer Affinität auch zu gewaltgeneigten Gruppierungen. So gibt es einzelfallbezogene Überschneidungen mit Rockergruppierungen oder zur Hooligan- und Ultraszene im Fußball. Mitunter sind Rechtsextremisten in diesen Szenen aktiv und beteiligen sich an den von diesen ausgehenden Randalen. Die Überschneidungen zwischen den verschiedenen Spektren beruhen meist auf persönlichen Kennverhältnissen und reduzieren sich hinsichtlich der gesamten rechtsextremistischen Szene auf Einzelkontakte. Hieraus resultieren bisweilen wirtschaftliche Kooperationen, z.B. bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Räumlichkeiten von Rockergruppierungen. In der Regel tolerieren diese zwar die politischen Einstellungen der Mitglieder, nicht jedoch etwaige (Neben-)Aktivitäten in der rechtsextremistischen Szene. Trotz der insgesamt unpolitischen Ausrichtung von Rockergruppierungen ist nicht von einer Abkehr ehemals aktiver Rechtsextremisten von der rechtsextremistischen Ideologie auszugehen. Im Bereich von Hooligangruppierungen sind einzelne Personenzusammenschlüsse bekannt, die aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung zumindest als rechtsextremistisch beeinflusst einzuschätzen sind. Dennoch kann auch hier keine strukturelle und flächendeckende Zusammenarbeit auf ideologischer Ebene festgestellt werden.“⁸⁰ Wohl aber zeigen die „Kölner Krawalle“ am 26. Oktober 2014, bei denen eine Demonstration von mehr als 4000 Hooligans und Nazis gegen Salafisten in

78 Borstel, 2012, S. 252f. Funke zieht daraus den Schluss: „Die breite Verankerung eines subkulturellen Rechtsextremismus, der relative Erfolg einer sich sozial gebenden neonazistischen Partei und die enorme Schwäche der demokratischen Parteien machen einen Mentalitätswechsel der demokratischen Politik erforderlich. Sie muss Demokratie als politische und soziale Teilhabe auch derjenigen verstehen, die keine Lobby haben, die schwach sind – wie Kinder und Jugendliche auf dem Land. Wir brauchen ein Ende der politischen Landflucht.“

79 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 65. Backes, 2013, S. 398, belegt diese Einschätzung mit den derzeitigen Verlautbarungen des NPD-Parteivorstands wie auch der Stellungnahme von Horst Mahler, dem ehemaligen RAF-Mitglied und damaligen Rechtsvertreter der NPD im Verbotsverfahren. Zu der positiven Darstellung des Regierungssystems des Iran in den rechtsextremen Publikationsorganen s.: Backes, 2013, S. 399f. Backes, S. 407, hält es aber auch für möglich, dass bei den vielfach bezeugten Sympathien für das Regime im Iran „finanzielle Subsidien aus dem Iran (direkt oder über verwinkelte Kanäle) eine Rolle spielen.“

80 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 73.

massiven Angriffen auf die Polizei mündete, das Ausmaß dieser Bewegung und ihre Mobilisierungsfähigkeit.⁸¹

Der Verfassungsschutzbericht 2013 stellt fest, dass Rechtsextremisten besonders häufig in Kampfsportvereinen oder in der sogenannten Freefight-Szene, in der eine brutale Variante des Kampfsports ausgeübt wird, Mitglieder werden. Hieraus ergebe sich zwar kein grundsätzliches Gefahrenmoment, doch erhielten die Rechtsextremisten durch das Training „eine körperliche Fitness und das Bewusstsein, erfolgreich angreifen zu können.“⁸²

3.4. Asylpolitik

Der Verfassungsschutzbericht 2013 misst dem Thema Asylpolitik mittlerweile eine besondere Bedeutung zu; denn „die Rechtsextremisten greifen dieses Thema im Sinne ihrer rassistischen und fremdenfeindlichen Agenda auf. Sie versuchen unablässig, in Orten mit (geplanten) Asylbewerberheimen Proteste eines Teils der Bevölkerung zu radikalieren und in ihrem Sinne zu nutzen.“ Dabei gründen sie Bürgerinitiativen oder werden Mitglieder bestehender Bürgerinitiativen. Mit dieser Strategie „soll der Wirkungskreis auch über die eigene Klientel hinaus erweitert werden, was durch die z.T. hohen Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen auch gelungen ist.“ Zugleich stellt sich die NPD „mit der Durchführung von Kundgebungen in unmittelbarer Nähe zu geplanten oder bereits existierenden Asylunterkünften“ als Wahlalternative dar. Zudem wird billigend in Kauf genommen, dass sich eine Eigendynamik entwickelt, aus der heraus Einzelne oder kleine Gruppen gewalttätig werden.⁸³

Die größten rechtsextremistischen Veranstaltungen im Jahr 2013 fanden in Magdeburg und in Schneeberg (Sachsen) statt. In Magdeburg nahmen an der in jedem Jahr von den Neonazis veranstalteten Demonstration zur Erinnerung an die Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg im Januar 2013 rund 900 Personen teil. In Schneeberg (Sachsen) organisierte der NPD-Kreisverband verschiedene Veranstaltungen gegen ein örtliches Asylbewerberheim. An den „Lichtelläufen“ im Oktober und November 2013 nahmen jeweils zwischen 1.500 und 1.800 Personen teil; das Bundesamt für Verfassungsschutz rechnet die Teilnehmer „überwiegend nicht dem extremistischen Spektrum“ zu.⁸⁴

81 Zeitonline v. 28.10.2014 „Hooligans sind der missratene Teil der Fußballfamilie“, Interview von Fabian Scheler mit dem Aachener Politologen Richard Gebhardt; FAZ v. 28.10.2014, Die Lust an der Gewalt; Presse- und Blogschau vom 27.10.-2.11.2014 auf: www.fussball-gegen-nazis.de.

82 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 74.

83 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 68. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bemerkt, dass es der NPD ab Herbst 2013 zunehmend gelang, bei Demonstrationen gegen Asylbewerberheime „auch nichtextremistische Personen zu mobilisieren“ (S. 118).

84 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 118.

3.5. Jugendgruppen, Musik

Im Spektrum rechtsterroristischer Gruppierungen scheinen „Skinheads“ seit einiger Zeit nicht mehr ‚in Mode‘ zu sein.⁸⁵ Im Vordergrund bei allen diesen Gruppierungen steht jedoch die rechtsextreme Grundeinstellung und der „Erlebnischarakter“ ihrer Aktionen: „Das Weltbild von Angehörigen rechtsextremistischer Subkulturen ist nicht in sich geschlossen, sondern wird von einzelnen rechtsextremistischen Einstellungen und Argumentationsmustern geprägt, von Rassismus, Antisemitismus und der Akzeptanz von Gewalt gegen Minderheiten. Im Vordergrund steht nicht die Ideologie, sondern der Erlebnischarakter einzelner Aktionen, insbesondere im Zusammenhang mit Musikveranstaltungen.“⁸⁶ Musik dient der Rekrutierung neuer Anhänger.⁸⁷ „Sowohl offen als auch unterschwellig werden in zahlreichen Liedtexten von Musikgruppen des subkulturell geprägten Spektrums Feindbilder und Ideologiefragmente transportiert, entsprechende Denkmuster geformt und verfestigt sowie ein subkulturelles Identitätsgefühl beschworen. In Liedtexten wird Gewalt nicht nur gerechtfertigt, sondern mehr oder minder offen zur Gewalt aufgerufen.“⁸⁸ Als Organisatoren großer Musikveranstaltungen mit bekannten rechtsextremen Musikgruppen und Reden von rechtsextremen Referenten sind in den letzten Jahren immer wieder NPD-Funktionäre in Erscheinung getreten. Der Verfassungsschutzbericht nennt hier den ‚4. JN-Sachsentag‘ am 8. Juni 2013 in Zobes (Sachsen) mit 720 Teilnehmern, der ‚12. Thüringentag der nationalen Jugend‘ am 15. Juni 2013 in Kahla (Thüringen) mit 180 Teilnehmern und das ‚11. Rock für Deutschland‘-Festival am 6. Juli 2013 in Gera (Thüringen) mit 700 Teilnehmern.⁸⁹ Die größten Musikveranstaltungen im Jahr 2013 mit rund 1000 Teilnehmern fanden am 25. Mai 2013 in Schwanebeck-Nienhagen (Sachsen-Anhalt), am 10. August 2013 in Berga (Sachsen-Anhalt) und am 12. Oktober 2013 in Scheinfeld (Bayern) statt.⁹⁰

3.6. Rechtsradikalismus im Internet

Das Internet wird von Rechtsextremisten genutzt, um offen Propaganda zu betreiben, z.B. um gegen Asylbewerber zu hetzen, Antisemitismus zu betreiben⁹¹ oder das Internet „zur Einstimmung auf gewalttätige Aktionen“ zu benutzen. In entsprechenden Videoportalen erscheinen immer wieder

85 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 80f.; auch Borstel, 2012, S. 257, stellt fest: „die ‚ästhetische‘ Sichtbarkeit des Rechtsextremismus ist dahin“, und bis auf kleine Gruppen, die diese Ästhetik offen zu Schau stellen, sei diese Form des Rechtsextremismus verschwunden. Gleichwohl stelle sich die Frage, inwieweit sich rechtsextreme Einstellungen gehalten hätten.

86 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 80f.

87 Funke bestätigt das Zusammenwirken auf organisatorischer und ideologischer Ebene zwischen der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) mit den vielfältigen rechtsextremen, gewaltbereiten Gruppierungen der „Szene“ Funke, 2010, S. 71.

88 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 81. u. S. 119f. .

89 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 102.

90 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 119.

91 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 51.

Musikclips mit rassistischen Inhalten. Auch Videoclips für Kinder und Jugendliche mit vermeintlich lustigen Inhalten werden zu Propagandazwecken eingesetzt.⁹²

Auch soziale Netzwerke werden vermehrt von Rechtsextremisten für ihre eigenen Kampagnen gebraucht. „Ein Beispiel bildet hier die von Rechtsextremisten initiierte Internetkampagne zum Thema „Kindesmissbrauch“, durch welche die breite gesellschaftliche Ächtung von sexuellen Übergriffen auf Minderjährige für die eigenen Zwecke instrumentalisiert wird. Nachdem Facebook eine entsprechende rechtsextremistische Kampagnenseite geschlossen hatte, wurde sie mit anderem Namen wieder eröffnet: „Deutschland gegen Kindesmissbrauch – Keine Gnade für Kinderschänder“. Während bei der ursprünglichen Seite die Nähe zur NPD unverhohlen zum Ausdruck gekommen war, ist nunmehr ein unmittelbarer direkter Rückschluss für den oberflächlichen Nutzer nur schwer möglich.“⁹³ Auch unter dem Namen zivilgesellschaftlicher Initiativen betreiben Rechtsextremisten im Netz Propaganda: „Ein markantes Beispiel rechtsextremistischer Einflussnahme in der „Asyldebatte“ ist die überwiegend im Internet agierende „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ mit ihren zahlreichen Kommentaren vorgeblicher Anwohner auf ihrer Facebook-Seite in eindeutig rechtsextremistischer Diktion.“⁹⁴

4. Gewaltbereitschaft

Der Verfassungsschutzbericht 2013 erkennt im Berichtszeitraum sowohl im Linksextremismus wie auch im Rechtsextremismus ein hohes Gewaltpotential. Für den Bereich des hier beschriebenen Rechtsextremismus wird konstatiert, dass die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten unverändert hoch ist; unverändert ist auch der rassistische Hintergrund der Taten, die sich gegen alles und jeden richten, der als fremd eingestuft wird.⁹⁵ So sind die Opfer rechtsextremistischer Gewalt Ausländer, Asylbewerber, Obdachlose, Homosexuelle. „Nachdem die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten in den letzten Jahren permanent angestiegen ist, erreichte sie mit 473 Gewalttaten im Jahr 2013 den höchsten Stand seit 2006 (484) und umfasst somit rund 60 Prozent aller begangenen rechtsextremistischen Gewalttaten.“⁹⁶ Auch die Zahl von Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund stieg im Jahr 2013 von 36 im Jahr 2012 auf 45 an.⁹⁷ Neben den bekannten

92 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 53.

93 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 54. Und S. 120f. .

94 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 55f.

95 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 62.

96 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 71f.

97 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 38. „Auch im Jahr 2013 setzte sich die seit Jahren steigende Anzahl der Körperverletzungen im Bereich rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund fort. Drei der insgesamt vier versuchten Tötungsdelikte hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund.“ (Verfassungsschutzbericht 2013, S. 40).

„Zielgruppen“ rechtsextremistischer Gewalt sind in der letzten Zeit offenbar nun auch Journalisten hinzugekommen.⁹⁸

Zudem konstatiert der Verfassungsschutzbericht, dass rechtsextremistische Gruppen mit dem Mittel der Provokation arbeiten: „Rechtsextremisten versuchen weiterhin, Muslime herauszufordern. Auf den ersten Blick geringfügige Straftaten wie Sachbeschädigungen oder Schmierereien – etwa an Moscheen – zielen mit ihren islamfeindlichen Aussagen unmittelbar auf die Verletzung elementarer religiöser Glaubensgrundsätze bzw. religiöser Gefühle von Muslimen ab. Ihr Ziel ist es, gewalttätige Reaktionen zu provozieren, um ihr Bild vom gesetzesbrecherischen, nicht integrierbaren Muslim zu bestätigen.“⁹⁹

Außerdem wird in dem Bericht die Gewaltbereitschaft rechtsextremer Gruppen und Personen bis hin zum Rechtsterrorismus dargestellt: „Gewalt und Terrorismus sind in allen extremistischen Phänomenbereichen eine Option, vor allem aber im Rechtsextremismus mit seiner nachdrücklichen Gewaltaffinität, der Entmenschlichung und den Vernichtungsphantasien gegen „natürliche“ und erklärte Gegner einer ethnischen „Reinheit“. Auch wenn die Mehrheit der rechtsextremistischen Szene nicht auf einen gewaltsamen, revolutionären Umsturz hinarbeitet, muss stets in Betracht gezogen werden, dass nicht nur einzelne schwerste Gewaltstraftaten durch Einzeltäter oder Kleinstgruppen möglich sind, sondern auch die Bildung weiterer bislang unerkannter terroristischer Gruppen innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums nicht auszuschließen ist.“¹⁰⁰

98 „Die abschätzig als Vertreter der „Systempresse“ titulierten Journalisten werden mitunter in ihrer Berufsausübung beeinträchtigt. In Einzelfällen geht dies über verbale Attacken hinaus: So wurde im August 2013 bei einer Demonstration in Bad Nenndorf (Niedersachsen) ein Journalist mit einer Fahnenstange auf den Kopf geschlagen. Rechtsextremisten bauen darüber hinaus ein Bedrohungsszenario durch „Outings“ auf: Adressen und Diffamierungen werden im Internet publiziert; damit werden potenziellen Gewalttätern Ziele angeboten. Ein weiteres Gefahrenmoment stellen Rechtsextremisten dar, die ihrerseits als Journalisten auftreten (und auch auftreten können, da sie über Presseausweise verfügen), um so Polizeiabsperrungen zu überwinden und Gegendemonstranten zu fotografieren.“ (Verfassungsschutzbericht 2013, S.65).

99 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 65.

100 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 76. Anders als im Rechtsextremismus sind für das Bundesamt für Verfassungsschutz „trotz der zum Teil hemmungslosen Gewalt (...) derzeit im Linksextremismus keine terroristischen Strukturen erkennbar. Eine terroristische Option ist jedoch auch im Linksextremismus in Betracht zu ziehen.“ Verfassungsschutzbericht 2013, S.137.

Der Verfassungsschutzbericht 2013 stellt fest, dass man seit den NSU- Ermittlungsverfahren aufmerksamer rechtsextreme Entwicklungen verfolgt, gerade im Hinblick auf mögliche rechtsterroristische Akte.¹⁰¹ Bei den ermittelten Gruppen handelt es sich um solche, die international vernetzt sind und auch solche, in denen Neonazis und neonazistische Skinheads eine „hohe Gewaltbereitschaft gegenüber politischen Gegnern, Vertretern des Staates oder Menschen mit Migrationshintergrund“ an den Tag legen.¹⁰² Pfahl-Traughber stellt zwar fest, dass die Praxis der Serienmorde und fehlende öffentliche Bekenntnisse „die besondere Dimension des ‚neuen Rechtsterrorismus‘ des NSU ausmachten, er enthält sich aber jeder Spekulation über mögliche Nachahmungstäter.“¹⁰³

Zugleich wird im Verfassungsschutzbericht 2013 festgestellt, dass im rechtsextremen Spektrum die Existenz des NSU schlichtweg gelehrt werde.¹⁰⁴ Bei den einzelnen Solidaritätsbekundungen schien es sich „eher um bewusst kalkulierte Provokationen des politischen Gegners bzw. staatlicher Stellen (zu) handeln als um eine Absichtsbekundung für Nachahmungstaten.“¹⁰⁵ Pfahl-Traughber mahnt jedoch: „Gleichwohl reduziert die Verbreitung solcher Auffassungen die Hemmschwelle bis in Richtung einer gezielten Ermordung.“¹⁰⁶

Wenn auch die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten leicht rückläufig ist, so konstatiert Brostel für die neuen Bundesländer, dass seit einigen Jahren wieder Aktionen von Gruppierungen zunehmen, „die sich offen zum Straßen- und Raumkampf bekennen. Ihr Ziel ist die Befreiung ganzer Landstriche von jenen Personenkreisen, die nicht in ihr enges Weltbild passen. (...) Leidtragende dieses Wandels sind auch jene Personen, die sich öffentlich zum Rechtsextremismus äußern und damit vor Ort oftmals in die Rolle der ‚Nestbeschmutzer‘ gedrängt werden. Diese Personen wissen um das Gewaltpotential der Rechtsextremen, sie werden bedroht, außerdem sind sie vor Ort mit Entsolidarisierung konfrontiert. Sie fühlen sich zunehmend hilflos, haben Angst um

101 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 76f. : „Die Erfahrungen mit dem ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘ (NSU), der seine Taten aus dem Untergrund heraus verübte, haben den Blick der Sicherheitsbehörden auf diesen Phänomenbereich verändert. Die im Laufe der Ermittlungen gewonnenen Erkenntnisse über die Entwicklung der Terrorgruppe haben zu einer modifizierten Beobachtung des gewaltbereiten Rechtsextremismus geführt. Ein besonderes Augenmerk des Verfassungsschutzes liegt vor allem auf der Identifizierung möglicher Indikatoren, die ein rechtsterroristisches Handeln vorbereiten oder begünstigen. Hierzu gehören z.B. das Vorhandensein größerer Geldmengen oder Planungen zu deren Beschaffung, Bemühungen um den Aufbau von Netzwerken und Gruppierungen im In- und Ausland, eine geplante oder bereits erfolgte Ausbildung an Waffen und Sprengstoffen oder die Beschaffung bzw. das Vorrätighalten solcher Gegenstände. Unter diesen Prämissen bearbeitete das BfV im Jahr 2013 mehrere Gefährdungssachverhalte, bei denen Anhaltspunkte für ein mögliches rechtsterroristisches Handeln vorlagen. Die enge Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei trug maßgeblich dazu bei, dass der Generalbundesanwalt (GBA) in mehreren Fällen schließlich Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) einleitete.“

102 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 77.

103 Pfahl-Traughber, 2013, S. 128f.

104 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 78.

105 Verfassungsschutzbericht 2013, S. 79.

106 Pfahl-Traughber, 2013, S. 126.

sich und ihre Familien und vermissen eine Anerkennung für ihr Tun.“ Borstel stellt fest: „ es hat sich eine neue Angstkultur etabliert.“¹⁰⁷

5. Reaktionen der Zivilgesellschaft

Eine wichtige Quelle der Information über rechtsextremistische Aktivitäten, aber auch über Gegenmaßnahmen und –strategien bietet das Internet. Neben den Internetportalen der verschiedenen Bundesinitiativen¹⁰⁸ gibt es die Internetseiten der entsprechenden Stiftungen und Initiativen, die über ihre Projekte berichten und Informationen über rechte Gewalt sammeln.¹⁰⁹ Teilweise tagessaktuelle Informationen über die rechte Szene bieten Blogs von Universitäten und Zeitungen an.¹¹⁰

In seinem letzten öffentlichen Auftritt vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten stellte Joachim Gauck im März 2012 in Berlin die neuen Webseiten des Vereins „Gegen Vergessen für Demokratie e.V.“ vor und lobte das Engagement von Sportlern gegen Rechtsextremismus. Sie seien wichtige Vorbilder für ihre Fans mit der klaren Botschaft an die Rechtsextremisten: „Wir schenken denen nicht unsere Angst, wir konfrontieren sie mit unserem Mut!“¹¹¹

In ostdeutschen Städten wie Leipzig, Erfurt, Dresden und Rostock verzeichnet Borstel in den letzten Jahren einen positiven Wandel, in dem „Ansätze einer aktiven und nachhaltigen Bürgergesellschaft (erkennbar sind), die in der Lage ist, Fragen des politischen Klimas offen zu artikulieren und zu problematisieren.“ So gebe es in den jeweiligen Stadtverwaltungen mittlerweile Erfahrung damit, rechtsextremistische Aktionen zu bekämpfen und die Auseinandersetzungen sowohl medial als auch politisch zu steuern. Zu erkennen sei in diesen Städten „oft auch ein Rückgang der eindeutig rechtsextremen Bestrebungen“, wengleich das nicht bedeute, dass es überhaupt „keine Probleme mit Rechtsextremismus oder gar Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ mehr gäbe. Positiv sei gleichwohl „der weitgehende und zumeist auch parteiübergreifende Konsens darüber, daß diese Erscheinungen nicht mehr geleugnet werden dürfen, sondern eine

107 Borstel, 2012, S. 253. Funke, 2010, S. 70, spricht davon, dass „der Rechtsextremismus heute in vielen Regionen vornehmlich in Ostdeutschland Teil einer ‚Dominanzkultur‘“ sei.

108 Das Programm „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“, das im Jahr 2000 gemeinsam vom Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium der Justiz gegründet wurde, ist abrufbar unter: (www.buendnis-toleranz.de); das Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des BMFSFJ erscheint unter: www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de; „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI unter: www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de; die Datenbank der Bundeszentrale für politische Bildung ist zu finden unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41934/initiativen-gegen-rechtsextremismus>.

109 So erstellt „Pro Asyl“ gemeinsam mit der Amadeu-Antonio-Stiftung eine „Chronik der Gewalt“, ablesbar unter: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de; Weitere Adressen sind: www.no-nazi.net; www.netz-gegen-nazis.de.

110 So z.B. der Blog der Universität Bielefeld (ekvv.uni-bielefeld.de/blog/ikgblog) oder der Blog der Zeitschrift „Die Zeit“ unter: blog.zeit.de/stoerungsmelder.

111 Deutscher Olympischer Sportbund, v. 21.3.2012, „Gauck betont Rolle des Sports für offene Zivilgesellschaft“, abrufbar unter: http://www.dosb.de/index.php?id=8576&type=98&tx_ttnews%5Btt_news%5D=21862&cHash=9b52cba08141229b63a6e6d11dc5961a

demokratische Reaktion erforderlich machen.“¹¹² Für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt verzeichnet es Borstel als positiv, dass es „professionelle Strukturen (gibt), die sich der Demokratieförderung verschrieben haben.“ Zugleich sei es problematisch, dass es sich hierbei eher um „ein Outsourcing staatlicher Leistungen und nicht um eine selbstorganisierte Bürgergesellschaft“ handele. Diese Einrichtungen behielten ihren Modellcharakter, weil sowohl Strategien wie auch finanzielle Mittel zu ihrer Umgestaltung in Bürgergesellschaften fehlten. Was in einigen Städten wie Leipzig, Erfurt, Dresden und Rostock funktioniere, nämlich die Diskussionen über den Rechtsextremismus öffentlich zu führen, gelinge in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt gesehen „nur selten“. Borstel konstatiert in seiner Veröffentlichung von 2012, „daß trotz aller Fortschritte in der Demokratieentwicklung von einer breitaufgestellten, aktiven und sich selbst bewußten Bürgergesellschaft nur in Ansätzen gesprochen werden kann.“¹¹³ Ein „offenes Fazit“ zieht Borstel deshalb in seinem Bericht über das „Haus der Demokratie“ in Zossen, das im Januar 2010 durch einen rechtsextremen Brandanschlag zerstört wurde, und das als Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextreme stand.¹¹⁴

112 Borstel, 2012, S. 248f.

113 Borstel, 2012, S. 249ff. .

114 Borstel, 2010, S. 200; nach der Zerstörung des Hauses kam es zwischen der Bürgerinitiative und der Stadtversammlung zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Bürgerinitiative besteht auch 2014 noch, doch ist es bisher nicht gelungen, das „Haus der Demokratie“ neu aufzubauen. S. hierzu die Internetseite der Bürgerinitiative: www.zossen-zeigt-gesicht.de; die Internetseite haus-der-demokratie-zossen.de befindet sich noch im Aufbau.

6. Literatur

- Backes, Uwe (2013), Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland und die muslimische Welt – eine Entwicklungsskizze, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/ Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden, S. 393-408.
- Borstel, Dierk (2012), Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung in Ostdeutschland. Eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin, S. 246-260.
- Borstel, Dierk (2010); Zwischen Idyll und Asche. Das brennende Haus der Demokratie in Zossen., in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 9, Berlin, S. 190-201.
- Brandstetter, Marc (ZParl 2013), Kinderfeste hinter Stacheldraht: Die Entwicklung der NPD in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2011, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 44 (2013), H1, S. 146-157.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013, Berlin 2014. Der Verfassungsschutzbericht 2013 ist auch über das Internet abrufbar unter: www.bmi.bund.de und www.verfassungsschutz.de
- Busch, Christoph (2014), „Die Rechte“ – alter neonazistischer Wein in neuen parteipolitischen Schläuchen, in: Mitteilungen des Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung (MIP), 20. Jahrgang, S. 141-150.
- Funke, Hajo (2010), Rechtsextremismus in Deutschland, in: Holger Spöhr/ Sarah Kolls (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland in Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich, Frankfurt/Main, S. 61-78.
- Häusler, Alexander (2009), Antiislamischer Rechtspopulismus in der extremen Rechten – die „Pro“-Bewegung als neue Kraft?, in: : Stephan Braun/ Alexander Geisler/ Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 130-147.
- Pfahl-Traughber, Armin (2013), Die Besonderheiten des „neuen“ Rechtsterrorismus – Der „Nationalsozialistische Untergrund“ in vergleichender Perspektive, in: Gerhard Hirscher/ Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden, S. 113-129.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München, 4. Aktualisierte Auflage.
- Schulze, Christoph (2009), Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Stephan Braun/ Alexander Geisler/ Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 92-108.
- Stöss, Richard (2013), Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 563-618.